

Gemeinsames Erinnern – gemeinsames Lernen

Staatliche Gedenkfeier zur Erinnerung an die Vertreibung und Deportation der Ungarndeutschen

Von Hannelore Baier/ ADZ Bukarest, **Donnerstag, 28. Januar 2016**



Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, Minister Zoltán Balog, der Bundesbeauftragte Hartmut Koschyk und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei der feierlichen Kranzniederlegung

Foto: www.koschyk.de

„Vor siebzig Jahren ereignete sich in Ungarn und in zahlreichen anderen Ländern Europas eine als Aussiedlung getarnte Deportierung.“ Der das sagte, ist Ungarns umstrittener Ministerpräsident Viktor Orbán. Er tat es am 19. Januar in seiner Festrede im Rahmen der deutschsprachigen heiligen Messe in der Pfarrkirche St. Johannes Nepomuk in Budaörs, zu Deutsch Wudersch. Die Regierung Ungarns lud zu der Gedenkveranstaltung anlässlich des Gedenktages der Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen ein und war dabei höchstrangig vertreten. Am 12. Dezember 2012 hatte das ungarische Parlament einstimmig beschlossen, den 19. Januar als Gedenktag der Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg festzulegen.

Am 19. Januar 1946 hatte die Vertreibung der Ungarndeutschen in Wudersch, dem bis nach dem Zweiten Weltkrieg vorrangig von Schwaben bewohnten Städtchen im Westen Budapests, begonnen, Anfang Februar 1946 war das Städtchen fast leer. Ein Denkmal war am dortigen Friedhof 2006, zum 60. Jahrestag des Beginns der Vertreibung, errichtet worden. In jenem Jahr entschuldigte sich der damalige Staatspräsident László Sólyom bei den vertriebenen Schwaben und ihren Familien für das ihnen widerfahrene Unrecht und die Ungerechtigkeit. Den 19. Januar als ungarischen Gedenktag an die Opfer der Vertreibung und der Deportation zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion zu begehen, wurde im November 2013

beschlossen, eine von der Regierung veranstaltete Gedenkfeier fand heuer also zum zweiten Mal statt.

Gemeinsames Gedenken

Die diesjährige zentrale Gedenkfeier begann am frühen Nachmittag mit der feierlichen Kranzniederlegung am Alten Friedhof. Von Seiten der ungarischen Regierung nahmen daran – sowie an der anschließenden Messe – außer dem Ministerpräsidenten u. a. Zoltán Balog, der Minister für Humanressourcen (in dessen Zuständigkeitsbereich auch die nationalen Minderheiten gehören) sowie die aus Hatzfeld/Jimbolia stammende stellvertretende Ombudsfrau für die Rechte der Nationalitäten in Ungarn, Dr. Erzsébet Sándor Szalayné, teil. Die Ungarndeutschen waren u. a. durch Ottó Heinek, Vorsitzenden der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, sowie Imre Ritter, Sprecher der Ungarndeutschen im ungarischen Parlament, vertreten. Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland beteiligten sich Hartmut Koschyk, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, und MdB Dr. Bernd Fabritius, der Präsident des Bundes der Vertriebenen, an den Feierlichkeiten.

Festredner Viktor Orbán bezeichnete den 19. Januar als „ein ewiges Memento für die nach Sibirien zur Zwangsarbeit verschleppten fünfundsechzigtausend Menschen und für die zur Aussiedlung verurteilten deutschen Familien“ (allein aus Ungarn). Beides sei geschehen, als es offenbar „keine einzige nüchtern denkende verantwortliche Person, die Vertreter der Siegermächte mitinbegriffen, die sich dem entgegengestellt hätte“, gegeben habe. Er würdigte das kulturelle Erbe der Ungarndeutschen, deren „Fäden tief in das Gewebe der ungarischen Kultur eingeflochten sind. Wenn wir diese Fäden herauszögen, so würde das gesamte Gewebe zerfallen.“ Orbán erwähnte die Förderung der deutschen Minderheit durch die Regierung, wodurch sich in den vergangenen vier Jahren die Zahl der deutschen Schulen verfünffacht und die Anzahl der dort lernenden Schüler verdreifacht habe und sich heute fast 200.000 Personen als zur Gemeinschaft der Ungarndeutschen zugehörig bekennen.

MdB Hartmut Koschyk sagte, der Gedenktag sei ein Beispiel dafür, wie mit schwierigen Kapiteln der Geschichte verantwortungsvoll umgegangen werden kann. Er lobte die Minderheitenpolitik Ungarns und die ungarische Verfassung, die

den nationalen Minderheiten über eine bloße Toleranz hinaus die Rolle von „staatsbildenden Faktoren“ zuschreibt, was „von einem zeitgemäßen Verständnis von Minderheitenpolitik im europäischen Geist“ zeuge, in dem die Mehrheitsbevölkerung die Minderheiten nicht nur als Bereicherung betrachte, sondern sich auch von ihnen bereichern lassen wollen. Weitere Redner der Gedenkfeier waren Tamás Wittinghoff, der Bürgermeister von Wudersch, und Otto Heinek, der Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen.

Letztgenannter erinnerte daran, dass es unter den 200.000 vertriebenen Ungarndeutschen nur sehr wenige gegeben habe, die Ungarn nicht als ihre Heimat betrachtet hätten, und es kaum eine ungarndeutsche Familie gibt, die von Vertreibung oder anderen repressiven Maßnahmen nicht betroffen war. Sie alle verstanden nicht, wieso das Land, das sie als ihre Heimat betrachtet haben, mit ihnen so umgegangen ist. Wichtig sei, diese schmerzhaften Geschichten „als mahnende Zeichen in das Bewusstsein der heutigen und zukünftigen Generationen und in die Erinnerungskultur“ einzuprägen, so Heinek. Die schmerzhaften Ereignisse vor 70 Jahren wurden in zwei knappen szenischen Darstellungen wiedergegeben anhand des Tagebuchs des damals 12-jährigen Josef Groß und des Schicksals der Maria Winkler, deren Vater, Mann und ältester Sohn für Ungarn gefallen waren und die mit fünf Kindern und der Mutter vertrieben worden ist. Ihre einzige Schuld: sie waren Ungarndeutsche.

Geschehen im Vergleich

Auf das Geschehen vor 70 Jahren waren die Festredner eingegangen, die Diskriminierung der Ungarndeutschen bis zum Jahr 1956 schilderte die Historikerin Dr. Agnes Toth bei dem am Vormittag des 19. Januar stattgefundenen Symposium mit dem Titel „Integration oder weitere Diskriminierung?“. Im Rahmen der von der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, dem Jakob-Bleyer-Heimatmuseum, dem Stiftungslehrstuhl für Deutsche Geschichte und Kultur im südöstlichen Mitteleuropa an der Universität Fünfkirchen/Pécs und der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Tagung wurde über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut und die Lage der Deutschen im Karpatenbecken – Ungarn, Jugoslawien, Rumänien – im Vergleich behandelt. Die Schlussfolgerung: Die von den Regierungen angeordnete Integration nach der anfänglichen Diskriminierung aufgrund der „Kollektivschuld“, die auf die gesamten Gemeinschaften bezogen wurde, nachdem

sich Mitglieder an den schrecklichen Verbrechen Nazi-Deutschlands beteiligt hatten, fand nicht statt.

Dr. Agnes Toth ging in ihrem Vortrag insbesondere auf die Lage der nach der Vertreibung von rund 200.000 in Ungarn verbliebenen ca. 230.000 Deutschen ein – denn nach Vorstellung der Alliierten sollten nicht alle das Land verlassen müssen. Unter den im Land Verbliebenen waren sehr viele, deren Besitz im Hinblick auf ihre Vertreibung enteignet worden war, die bei Verwandten wohnten, aber nicht arbeiten durften. Die Ausweisungen erfolgten bis 1948, jedoch kamen viele der Vertriebenen bereits wenige Wochen und Monate nach ihrer Ausweisung illegal ins Land zurück, das sie als ihre Heimat betrachteten. Erst 1950 gab es eine Verordnung des Innenministeriums, den einst Umgesiedelten die ungarische Staatsbürgerschaft zu verleihen, „wenn sie sich als hierfür würdig erweisen“. Entsprechend wenige bekamen die Staatsbürgerschaft zurück. In Zwangslager wurden auch die aus der Sowjetunion Zurückgekehrten gebracht. Die Lage begann sich erst 1953 zu verbessern, erst dann wurde nach und nach auch wieder muttersprachlicher Unterricht möglich.

Die Lage der Rumäniendeutschen in der Zeitspanne 1944 – 1956 stellte die Verfasserin dieser Zeilen vor, auf jene der Deutschen in Jugoslawien ging Dr. Zoran Janjetovic (Belgrad) ein. Im Nachbarland wurden im Zuge der Rachewelle gegen die Deutschen alle rund 200.000 im Land Verbliebenen bis Mitte 1945 in Konzentrationslager gesperrt. Ab Mai 1946 begann sich ihre Lage zu „verbessern“: Die Kinder kamen aus den Lagern in Pflegefamilien, um sie im Geiste der neuen Machthaber zu erziehen. Eine organisierte Vertreibung gab es nicht, begünstigt aber wurde die Flucht aller, die das Land verlassen wollten. 1949 setzte eine Normalisierung ein, es wurden erste Schulklassen in deutscher Sprache gegründet, in den 1950er Jahren aber fand keine Integration sondern das Verschwinden der zwischenzeitlich auf rund 60.000 Mitglieder gesunkenen deutschen Minderheit statt.

Sie konnten sich mit dem Entzug von Eigentum und Würde nicht abfinden, so Dr. Janjetovic. Über die Integration der in die amerikanische Besatzungszone, überwiegend das heutige Baden-Württemberg, vertriebenen Ungarndeutschen – in den Jahren 1947 und 1948 gingen 33 Transporte in die sowjetische Besatzungszone – sprach Dr. Michael Prosser-Schell (Freiburg). Geplant hatte die

US-Besatzungsmacht eine Zwangsassimilation der Ankömmlinge, die aber fehl schlug. Stattdessen entstanden eigene Siedlungen und auf Wallfahrten – die dem bis 1948 geltenden Versammlungsverbot der Flüchtlinge nicht unterstanden – konnten sie Gemeinschaft erleben und Traditionen ausleben. Die Neuankömmlinge leisteten als Vertriebenen-Gemeinschaft trotz Leiden Beachtliches.

Gemeinsames Lernen

Es tue gut zu sehen, dass kein Thema der wechselvollen Geschichte mehr tabuisiert wird und sich die Historiker keinem ideologischen Zwang mehr unterzuordnen haben, sagte MdB Hartmut Koschyk in seiner Abschlussrede der Tagung. Er würdigte, dass Ungarn der Leidensgeschichte der Ungarndeutschen öffentlichen Raum gegeben hat, denn ohne einen solchen bleibe Erinnern unversöhnt. Als „Geschichte der Verluste“ bezeichnete Minister Zoltán Balog die Geschichte des 20. Jahrhunderts und sprach die Schwierigkeit an, gemeinsam Tatbestände und Wahrheiten zu benennen – die mit Verletzungen einhergehen können – und der Opfer in Demut zu gedenken. Er stellte fest, dass die Erinnerungskultur im Westen und Osten Europas noch unterschiedlich sei und fragte, warum der Kommunismus nicht auch gemeinsame Geschichte ist, wie der Nationalsozialismus, und ob Westeuropa die Zeit nach Jalta nicht aufzuarbeiten habe. Die Geschichte der Ungarndeutschen bleibe gemeinsame deutsch-ungarische Geschichte, versicherte er und bezeichnete die heute mögliche Doppelidentität – Ungar und Deutscher zu sein – als zukunftsweisend und als das Schlüsselmoment der Integration.